



WINKERL

Schweinerei

Sigmund Freud schrieb: „Ein Mann erzählt von irgendwelchen Vorgängen, die er beanstandet, und setzt fort: Dann aber sind Tatsachen zum ‚Vorschwein‘ gekommen.“ Er hält die Vorgänge offenbar für eine Schweinerei. Solche sprachlichen Fehlleistungen haben als „Freud'sche Versprecher“ Eingang in die Alltagssprache gefunden. Was steckt hinter der Regierungsbegründung für die „Reform“ der Sozialversicherung? Noch prüfen die Krankenkassen, ob ArbeitnehmerInnen den ihnen laut Kollektivvertrag zustehenden Lohn bekommen. Künftig prüfen sie nicht mehr. Das sei eine Verwaltungsvereinfachung. Aber ein ÖVP-Landesrat sagt: „Es ist ein Problem, wenn dieses Gesetz extrem genau ausgelegt wird.“ Und der Bundeskanzler, eigentlich ein Meister der Message Control, spricht vom Zusammenwirken mit der Selbstverwaltung, „zumindest solange es die Selbstverwaltung noch gibt“. Ob dahinter eine Schweinerei steckt, muss jede/r selbst beurteilen.

◀ Florian Kräffner

Diese Reform gefährdet Ihre Gesundheit!

Sieben Argumente warum der Umbau der Sozialversicherung Nachteile für ArbeitnehmerInnen hat.



Mit dem ÖGB-WhatsApp-Kanal
auf dem Laufenden bleiben:
www.oegb.at/WhatsApp



Statt der angekündigten Einsparungen von einer Milliarde Euro kommt es durch die Fusion zu einer Mehrbelastung von 2,1 Milliarden. Auch Rechnungshof-Präsidentin Kraker ist skeptisch.

Im Dachverband werden die Arbeitgeber – die seit Jahren Selbstbehalte für alle fordern – die Mehrheit haben. Schlechtere Leistungen und zusätzliche Kosten sind die Folgen.

Anstatt den Erfolgsweg der Sozialversicherung weiterzugehen und die Leistungen für alle zu vereinheitlichen, droht der Unterschied noch größer zu werden.

1.

Drittklassige Medizin für sieben Millionen Menschen

Die Regierung schafft eine Drei-Klassen-Medizin: ganz oben die PolitikerInnen und BeamtenInnen mit den besten Leistungen, dann die Selbstständigen und schließlich eine dritte, unterste Klasse für die große Mehrheit der sieben Millionen anderen. Anstatt den Erfolgsweg der Sozialversicherung weiterzugehen und die Leistungen für alle auf dem höchsten Niveau zu vereinheitlichen, droht der Unterschied größer zu werden. Die ArbeitnehmerInnen sind die Einzigen, die nicht selbst über ihre Versicherungsleistungen entscheiden dürfen. Im neuen Dachverband werden die Arbeitgeber – die seit Jahren Selbstbehalte für alle fordern – sogar die Mehrheit haben. Schlechtere Leistungen sind die Folge.

2.

Eine Reform für die Wirtschaftseliten

Die Arbeitgeber bekommen in der neuen Krankenkasse gleich viel Mitsprache wie die Versicherten, obwohl sie dort gar nicht versichert und von den Entscheidungen nicht betroffen sind. Sie haben Interesse an Kürzungen. Denn wenn die Kasse weniger ausgibt, können Beiträge gesenkt werden, die Arbeitgeber für ihre Beschäftigten einzahlen. In der privaten Krankenversicherung wittern viele das große Geschäft mit den kleinen Leuten, die aus Angst um ihre Versorgung private Zusatzversicherungen abschließen werden. Die Reform hat also zwei Gewinner: die Wirtschaftseliten und die Fusionsberater. Den sieben Millionen Versicherten und ihren Angehörigen hingegen drohen weniger niedergelassene ÄrztInnen, weniger Therapieplätze, längere Wartezeiten und Selbstbehalte.

3.

Der SV-Umbau bedroht die Versorgung vor Ort

Alle Entscheidungen fallen künftig in der Zentrale – die hat Budget- und Personalhoheit. In der Verwaltung will die Bundesregierung 30 Prozent der MitarbeiterInnen einsparen, obwohl der Verwaltungsaufwand der Gebietskrankenkassen mit 2,8 Prozent erstklassig gering ist. Fehlen diese 6.300 Dienststellen, bedeutet das ein schlechteres Service und längere Wege für die PatientInnen. Die Zwangsfusion bedroht die Versorgung vor Ort und kostet die regionale Wirtschaft Aufträge. Verträge werden dann zentral abgeschlossen und international statt regional vergeben. Statt dem Optiker oder der orthopädischen Schuhmacherin im Ort kommen damit große Konzerne zum Zug.

4.

Die Zwangsfusion droht zum Milliardengrab zu werden



Die Fusion der Gebietskrankenkassen ist riskant – laut Harvard Business School scheitern 70 Prozent aller Fusionen. Bei der Fusion der Länderkassen handelt es sich um eine Hochrisiko-Aktion, weil hier neun Betriebe zu einem geformt werden. Außerdem kostet die Zusammenlegung laut Berechnungen von Sozialversicherungsexperten und der Arbeiterkammer mehr als zwei Milliarden Euro. Sie droht zum teuren Milliardengrab für die Versicherten zu werden.





Durch die Einsparungen von 30 Prozent der Dienststellen wird auch die Versorgung vor Ort leiden. Potenziell kann jede Servicestelle von einer Schließung betroffen sein.

Auch nach der Begutachtung wurde die Kritik aus den Kassen, von zahlreichen ExpertInnen, dem Rechnungshof, Verfassungsrechtlern, AK und ÖGB beinhart ignoriert.



Sozialversicherungsreform – »ÖGB aktuell« hat nachgefragt:

Was sind Ihre größten Kritikpunkte am neuen Sozialversicherungsgesetz?

Unser Ziel ist die bestmögliche PatientInnenversorgung – und die ist mit diesem Gesetz nicht gegeben. Jede Angleichung der Leistungen der unterschiedlichen Krankenkassen wird schwieriger oder unmöglich. Was stattdessen kommt, ist die Drei-Klassen-Medizin. Die ArbeitnehmerInnen werden entmachtet: In der Kasse, wo nur sie selbst und ihre Verwandten versichert sind, bekommen die Unternehmer die Hälfte der Stimmen. Was die Regierung vorgelegt hat, ist in weiten Teilen verfassungswidrig. Ein Husch-Pfusch-Gesetz!



Wolfgang Katzian, ÖGB-Präsident

Die Beitragsprüfung soll zukünftig die Finanz übernehmen. Welche Nachteile sehen Sie?



Eine möglichst effiziente Beitragsprüfung ist im Sinne der ArbeitnehmerInnen, aber auch der Wirtschaft. Für die Beschäftigten geht es um korrekte Arbeitsbedingungen – von Arbeitszeit über Entlohnung bis zu Einhaltung des richtigen KV und der Pensionsansprüche. Dieses breite Spektrum decken nur die PrüferInnen der Sozialversicherung ab. Sie haben in den vergangenen Jahren um hunderte Millionen Euro mehr für die Versicherten herausgeholt als die Finanz. Die ExpertInnen der SV prüfen grundsätzlich die vergangenen fünf Jahre – die Finanz hingegen in der Regel nur die letzten drei Jahre. Die geplante Neuregelung ist also eine Verschlechterung im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping.

Ingrid Reischl, Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse

Warum ist eine paritätische Besetzung bei der neuen ÖGK bedenklich?

Vorallem das geplante Rotationsprinzip bei allen neuen Spitzenfunktionen in der ÖGK, aber auch im Dachverband wäre ein schwerer Systemfehler. Die Entscheidungsträger können sich nicht in die Themen einarbeiten und es ist nicht mehr möglich, langfristige Perspektiven zu verfolgen. Es gibt ja auch in der Wirtschaft kein Unternehmen, bei dem der Chef alle paar Monate ausgewechselt wird – so kann das nicht gut gehen. Wenn das genau so umgesetzt wird, wäre der Dachverband kaum mehr in der Lage, die übergreifenden Interessen der Versicherungen für Arbeitnehmer, Selbstständige und öffentlich Bedienstete ausreichend zu koordinieren.



Alexander Biach,

Vorsitzender des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger

5.

Ende der Selbstverwaltung

In der neuen Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), in der ArbeiterInnen und Angestellte zukünftig versichert sind, werden Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen gleich viele Stimmen in den Verwaltungsgremien haben. Die Arbeitgeber können so alle Entscheidungen blockieren, obwohl sie von dieser nicht betroffen sind. Die Regierung rechtfertigt die Stimmenparität damit, dass die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge bezahlen würden. Das ist falsch! Die Arbeitgeber zahlen nicht einmal 30 Prozent der Beiträge in die Gebietskrankenkasse ein. Und zahlreiche Verfassungsexperten sind sich einig, dass das verfassungswidrig ist, weil es dem Prinzip der Selbstverwaltung widerspricht.

6.

Mit Fake News zur Mogelpackung

Viele Behauptungen der Regierung entpuppen sich als unrichtig: Die Leistungen werden nicht angeglichen, die Beiträge nicht harmonisiert, 30 Prozent der Dienststellen werden eingespart und ehrenamtliche FunktionärInnen werden durch teure ManagerInnen ersetzt. Das ist Sparen bei den Menschen statt im System. Nicht einmal die Reduktion auf fünf Träger stimmt.

7.

Das braucht das Gesundheitssystem wirklich

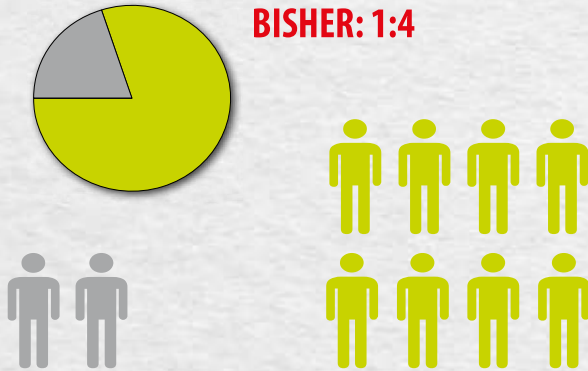
Gefragt sind gleiche Beiträge und Leistungen, faire Wartezeiten, mehr Prävention und alternsgerechtes Arbeiten, mehr Psychotherapie statt Psychopharmaka und ein Arbeiten bis ins Alter zu ermöglichen. Nichts davon geschieht.

Alle Infos auf:
www.oegb.at/Sozialversicherung



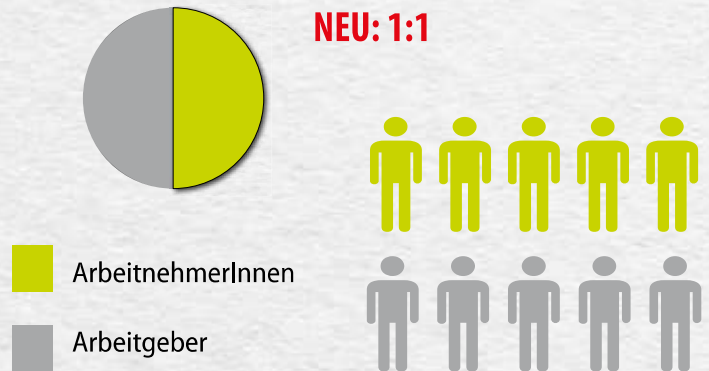
Wer bestimmt in der Krankenkasse?

BISHER: 1:4



Wir, die ArbeitnehmerInnen,
sind die Versicherten!

NEU: 1:1



Wir Versicherte bestimmen,
was mit unseren Beiträgen
geschieht!

Was ist die Selbstverwaltung?

Selbstverwaltung heißt, dass nicht der Staat die Krankenkassen verwaltet, sondern die Personengruppe, die unmittelbar betroffen ist. In den Gebietskrankenkassen sind das mehrheitlich ArbeitnehmerInnen. Sie sind dort versichert und zahlen die Beiträge. Sie verwalten ihre Krankenkasse selbst und können am besten entscheiden, welche Leistungen ArbeitnehmerInnen brauchen. Die Bundesregierung ändert das und lässt in Zukunft die Arbeitgeber in der Sozialversicherung der ArbeitnehmerInnen entscheiden. Es drohen Selbstbehalte, Ambulanzgebühren und schlechtere Leistungen.

ÖGB NACHRICHTENDIENST

ZVR-Nummer: 576439352

Herausgeber: ÖGB, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Leitung: Andreas Berger

Redaktion: Barbara Kasper, Florian Kräftner

Alle: 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: presse@oegb.at

Medieninhaber und Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Layout: Stephanie Guberner

Bildredaktion: ÖGB Kommunikation,

Fotos: GPA djp, Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger/APA-Fotoservice/Hörmandinger,

Illustration: Kostenlose Vektorgrafiken von <https://de.vecteezy.com>

Jahres-Abo: € 21,80 (Einzelnummer € 1,05 + Versand)

Zu bestellen unter Tel. 01/534 44-39738

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Adressänderungen: Tel.: 01/534 44-39100,

E-Mail: service@oegb.at,

Mo bis Do: 8.00–16.30, Fr: 8.00–12.00 Uhr

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.oegb.at/offenlegung

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank